



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Gesundheit Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 21. Mai 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-15-0024

MVZ als Option?

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 14.05.2024 -

Eine zunehmende Kommerzialisierung des Gesundheitswesens ist zurzeit festzustellen. Mit Sorge beobachten diese Entwicklung nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die am Gesundheitswesen Beteiligten, selbst die Interessenvertretung der Ärzte.

Ein Beispiel ist die dynamische Entwicklung bei der Gründung von medizinischen Versorgungszentren (MVZ) im Bundesgebiet. Waren 2016 noch etwa 16.000 Ärzte in derartigen Einrichtungen angestellt, schnellte die Zahl 2021 auf rund 26.000 Ärzte (Quelle: Bundesärztekammer).

Dabei ist zunehmend ein immer stärker werdender Einfluss von privaten Finanzinvestoren festzustellen. Deshalb wird die Sorge artikuliert, die medizinische Versorgung könne sich in Zukunft nicht mehr am Wohl der Patienten orientieren, sondern eher an den Renditeerwartungen der Geldgeber.

Diese Entwicklung gibt es auch in Wiesbaden. Deshalb sollte der Magistrat dies aufmerksam beobachten. Nach der Gesetzeslage könnte sich sogar die Kommune als Träger eines MVZ engagieren. Gemäß § 95 Abs. 1a S. 2 SGB V ist dies als Körperschaft des öffentlichen Rechtes möglich.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung, Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie er die Entwicklung im Bereich der Haus- und Fachärzte in Wiesbaden, insbesondere Bezug nehmend auf Fachrichtungen und Versorgungsregionen, beurteilt,
2. ob er die geschilderte Entwicklung hin zu den MVZs tatenlos weiterverfolgt und falls nicht, welche konkreten Maßnahmen geplant sind, um sicherzustellen, dass die Versorgung weiterhin im Interesse der Patienten erfolgt,
3. inwiefern er die Möglichkeit und den Nutzen sieht, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden als Träger ein medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) gründet, um eine patientenorientierte Versorgung zu gewährleisten und
4. warum in dem Masterplan Gesundheitswirtschaft dieses Thema der MVZs nicht angesprochen worden ist.

Beschluss Nr. 0038

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2024

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2024

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister